

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:

Bestellpreis 7,50 M. monatlich 2,50 M. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Vorw.“

Anzeigenpreis:

Die achtzehnhundertsechzigste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 20. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Ergebnis der Besprechungen in Spaa.

Versailles, 19. Mai. Bei den am Sonntag in Spa erfolgten Besprechungen ...

Ein listiger Vorschlag des „Temps“.

Versailles, 19. Mai. „Temps“, welcher in seinem Leitartikel Deutschland durch Hinweis ...

Die Vorschläge des „Temps“ sind durchsichtig genug. Ob sie allerdings zu den „interessanten Resultaten“ ...

Koreas Anspruch auf Wilsonfrieden.

Versailles, 19. Mai. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz erhielt laut „Intransigent“ ...

Auf der Grundlage, auf welcher der Frieden geschlossen werden sollte, ist der Forderung der Koreaner zweifellos zugestimmt.

Ein Aufruf der ungarischen Räterepublik.

Budapest, 19. Mai. Ungar. Korrespondenz-Bureau. Das kämpfende Proletariat Ungarns richtete ein Telegramm an das Proletariat der ganzen Welt.

Beratung der Ostprovinzen in Berlin.

Danzig, 19. Mai. Wie die „Danziger Zeitung“ meldet, treten die Parlamentarier der Ostprovinzen am Donnerstag, den 21. d. M., in Berlin zu einer Konferenz zusammen.

Kongreßöffnung in Washington.

Washington, 19. Mai. Reuters. Die außerordentliche Session wurde heute mittag eröffnet.

Der Inhalt der deutschen Gegenvorschläge.

In hiesigen politischen Kreisen wird damit gerechnet, daß die deutschen Gegenvorschläge Mittwoch im Bureau der deutschen Friedensdelegation in Versailles eintreffen werden.

Über den Inhalt dieser Vorschläge erzählt die „Telegraphen-Kompagnie“ folgendes: Ein allgemeiner Teil der Antwortnote wird sich zunächst mit dem Brangiv der Alliierten auseinandersetzen.

Die deutsche Regierung macht weiter den Vorschlag, in allen Fragen, die unlösbar scheinen, neutrale Persönlichkeiten als Schiedsrichter zu den Verhandlungen heranzuziehen.

Keine Tagung der Nationalversammlung.

Die Meldung, daß die Nationalversammlung Ende dieses Monats zusammentreten werde, trifft nicht zu.

Unabhängige regen den Mordfrieden.

In einer großen Versammlung der Einwohner von Landshut i. Bayern, die von sämtlichen politischen Parteien mit Einschluß der unabhängigen sozialdemokratischen Partei einberufen war, wurde der Mordfrieden als unannehmbar bezeichnet.

Versailles und Brest-Litowsk.

Ueber das Verhältnis zwischen Versailles und Brest-Litowsk ist schon von berufenster Seite, durch einen russischen Funkpruch, das richtige Urteil gesprochen worden: es wurde da gesagt, an Versailles gemessen bleibe Brest-Litowsk ein unschuldiger Scherz.

Der Generalfrieden von Brest-Litowsk war, abgesehen von seiner Amoralität, ein ungeheurer politischer Fehler, darüber wird es heute nirgends mehr Streit geben.

In der letzten Sitzung von Brest-Litowsk am 4. März 1918 richtete der Vertreter Russlands Sokolnikow heftige Angriffe gegen die deutschen Arbeiter, nicht nur gegen die Sozialdemokraten, sondern auch gegen die Unabhängigen.

Sehen wir den Tatsachen ruhig ins Gesicht und erklären wir offen, daß bei diesem Frieden dem Sozialismus aller Richtungen der erstrebte Erfolg versagt geblieben ist.

Die Vorträge Sokolnikoffs richteten sich auch nicht an die deutsche Sozialdemokratie, sondern an die deutsche Arbeiterschaft schlechthin, an die Arbeiterschaft ohne Unterschied der politischen Richtung.

Unter diesen Umständen konnte die deutsche Arbeiterschaft gar keine andere Politik treiben als die der deutschen Sozialdemokratie. Sie mußte ihr Neuherrliches aufgeben, um Macht zu erwerben.

deutsch-sozialdemokratischen gibt, nämlich die bolschewistische, nicht einmal den Gewaltfrieden verhindern kann, der auf Kosten des eigenen Landes geschlossen wird. Wie geben uns über die Haltung und den Einfluss der englischen und französischen Arbeiterkraft im Falle einer deutschen Niederlage keinen Zirkon hin und möchten nicht den Tag erleben, an dem sich die Hoffnung Deutschlands nur noch an ihre Stärke und ihren guten Willen klammert. . .

Es wird heute wohl niemand leugnen können, daß die Vorkriegführung des „Vorwärts“ von damals völlig durchschlagend gewesen ist. Die Sozialdemokratie war im März 1918 nicht herrschende Partei. Sie konnte den Frieden mit Russland nicht so gestalten, wie sie ihn für richtig hielt, sie durfte aber auch nicht, indem sie die Verteidigungskraft Deutschlands brach, das Spiel des Ententeimperialismus spielen. Sie hat das, trotz aller alldeutschen Lügen, auch später niemals getan. Denn als die Revolution ausbrach, war der Krieg militärisch bereits entschieden; durch den Zusammenbruch aller Bundesgenossen Deutschlands hätte der Gegner die Möglichkeit, von allen Seiten ins Land einzudringen, und selbst die Westfront war nach den Erklärungen Ludendorffs nicht zu halten. Die Zwangslage, in die Deutschland seit Oktober 1918 geriet, ist durch die militärischen Ereignisse und durch die wahnwitzige Politik der früheren Machthaber, nicht aber durch die Revolution geschaffen worden.

Die Sozialdemokratie hat später den Standpunkt vertreten, daß der Frieden von Brest-Litowsk bei dem kommenden allgemeinen Friedensschluß revidiert werden müsse — daß die Revision in der Weise erfolgen sollte, wie sie nun tatsächlich eingetreten ist, hat sie allerdings nicht gewollt. Aber stets hat sie Brest nur als Zwischenstadium behandelt und gefordert, daß bei dem künftigen Weltfrieden die Grundzüge der internationalen Gerechtigkeit auch Russland gegenüber zum Durchbruch kommen müßten.

Die Situation der französischen und englischen Arbeiter dem Verfall der Gewaltfrieden gegenüber ist eine ganz andere als die unsere gegenüber Brest-Litowsk. Denn erstens war Brest-Litowsk, wie schon gesagt, im Vergleich mit Versailles wirklich nur ein „unschändlicher Scherz“, zweitens bräutet aber auch die Aktion der französischen und der englischen Arbeiter nicht durch die Sorge gehemmt werden, der Krieg könne durch sie für die eigenen Länder verloren gehen und diesen drohe dann selber ein Gewaltfrieden. Die Franzosen und Engländer könnten es also heute schon riskieren, ohne damit ihre eigenen Länder in äußere Gefahr zu bringen.

Indes sind wir deutschen Sozialdemokraten zu gute Marzisten, um zu glauben, die Massen irgendeines Landes könnten Revolution machen um der Schönheit und Herrlichkeit einer bloßen Idee willen. Revolutionen entstehen nur aus der Not. Erst wenn die Arbeiter Frankreichs und Englands einsehen werden, daß der „Siegfrieden“ nicht imstande ist, ihre Not zu bannen, daß er nur den Kapitalisten Vorteil bringt, ihre eigenen Lasten aber nicht mindert, sondern vermehrt, erst dann können in Frankreich und England oppositionelle Strömungen eine solche Macht gewinnen, daß die Idee der internationalen Gerechtigkeit Vorteil aus ihnen ziehen kann. Eintweilen suchen die Machthaber drüben diese Strömungen zu beschwichtigen, indem sie versichern, Deutschland werde unterzeichnen und dann werde für die Ententevölker das tausendjährige Reich andrehen. Die Nichtunterzeichnung wird der erste Warnschuß sein, der eine solche Illusion zerstört.

Die Flucht des Oberleutnants Vogel.

Falsche Pässe nach dem Ausland?

Sie erhalten folgende Zuschrift:

Berlin, den 20. Mai.

Werte Genossen!

Zu den Mitteilungen über die Flucht des Oberleutnants Vogel stelle ich folgendes fest:

Am Mittwoch, den 14. Mai, dem Tage, an dessen spätem Abend das Urteil gegen die wegen der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Angeklagten verhandelt wurde, habe ich nachmittags gegen 4 Uhr den Herrn Kriegsminister Obersten Rein-

hard telefonisch davon in Kenntnis gesetzt, daß für die Angeklagten bereits falsche Pässe nach dem Ausland besorgt seien, insbesondere für den Angeklagten Kurt Vogel ein Pass auf den Namen Kurt Weisen. Auf die Entgegnung des Kriegsministers, daß die Angeklagten ja doch in Haft seien, habe ich zum Ausdruck gebracht, daß jedenfalls eine gehörige Bewachung der Angeklagten zweckmäßig sein möchte.

Dieselbe Mitteilung habe ich, ebenfalls am frühen Nachmittag, in der Reichsanzeiger Herrn Ministerdirektor Kaufscher gemacht und ihn ersucht, die Nachricht dem Herrn Ministerpräsidenten und den übrigen zuständigen Stellen weiterzugeben. Herr Kaufscher hat dies getan, insbesondere hat er sich auch noch selbst deswegen mit dem Kriegsminister in Verbindung gesetzt.

Diese Tatsachen bedürfen nach meiner Meinung keiner weiteren Erläuterung.

Mit Hochachtung Dr. Oskar Cohn,

Mitglied der Nationalversammlung und der Preussischen Landesversammlung.

Die Helfershelfer bei der Division.

Weiter wird zu der Angelegenheit von einer hiesigen Lokal-Korrespondenz gemeldet:

Die Flucht des Oberleutnants Vogel aus dem Zellengefängnis Moabit nimmt insofern eine überraschende Wendung, als nunmehr sicher zu sein scheint, daß Vogel Helfershelfer gehabt hat, die entweder bei der Division selbst zu suchen sind oder dort einflußreiche Freunde gehabt haben. Wie wir melden, hat die Zeitung des Zellengefängnisses dem angeklagten Leutnant Lindemann den Gefangenen auf eine Vernehmung ausgestellt, die zwar nicht den aufgedruckten Stempel der Division, dafür aber die Unterschrift des Kriegsgerichtsrates Jörns und den Gummistempel der Garde-Kavallerie-Schützen-Division trug. Zunächst wurde nachgefragt, ob sich bei der Division ein Offizier namens Lindemann befände, doch waren die Nachforschungen in dieser Richtung vergeblich. Dagegen ist festgestellt, daß der Gummistempel der Division unweifelhaft echt ist. Die Untersuchung richtet sich nun gegen die Offiziere und Beamte, denen der Divisionsstempel zugänglich ist. Nach einer Verlegung aus dem Jahre 1917 dürfen Urkunden und Schriftstücke nur durch den Kommandeur oder dessen Stellvertreter mit dem Dienststempel der Formation versehen werden. Der Helfershelfer Vogels hat sich also in den Besitz eines derartigen Stempels setzen müssen, der nach der Vorschrift stets unter Verschluß liegen muß. Die Wechseltätigkeit des Stempels auf der falschen Urkunde mit dem Originalstempel ist so täuschend, daß mit der Tatsache, daß der Freisetzer Vogels habe einen zweiten Stempel anfertigen lassen, kaum gerechnet werden kann. Ferner ist festzustellen, auf welchem Wege der Täter in den Besitz eines Schriftstückes gelangte, das die Unterschrift des Kriegsgerichtsrates Jörns trug. Diese Unterschrift ist sehr sorgfältig gefälscht. Der Freisetzer Vogels muß auch ferner genaue Kenntnis von den Vorgängen innerhalb der Division gehabt haben. Bekanntlich ist das Urteil in dem Prozeß Liebknecht-Luxemburg bisher durch die Regierung nicht bestätigt worden. Es besteht sogar, wie verlautet, die Absicht, den Prozeß einer Revision zu unterwerfen

und einem anderen Militärgericht zu überweisen. Am vergangenen Freitag haben derartige Besprechungen zwischen einem Vertreter des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps und den in Betracht kommenden Regierungsstellen stattgefunden. Der Unbekannte muß also in sehr kurzer Zeit von den Besprechungen Kenntnis erlangt und dann seinen, offenbar seit längerer Zeit gefaßten und vorbereiteten Plan zur Ausführung gebracht haben. Bis zur Stunde hat man noch keine Nachricht, wohin Vogel sich gewandt haben könnte. Auch der Kraftwagen, mit dem der Gefangene entflohen ist, wurde noch nicht ermittelt.

Die „Deutsche Zeitung“ bekommt es fertig, in ihrer heutigen Morgenausgabe die Flucht Vogels zu verherrlichen und seine Helfershelfer in Schutz zu nehmen. Dabei leistet sich das Blatt noch einen plumpen Angriff gegen den „Vor-

wärts“, weil wir gegen die Suchtlosigkeit gewisser Offiziere einschneidende Maßnahmen verlangt haben. Die „Deutsche Zeitung“ behauptet, wir hätten uns niemals über die gewaltsame Befreiung gemeiner Verbrecher während der letzten Unruhen entrüstet, was einfach gelogen ist. Gerade die gleichzeitig erschienene Nummer des „Vorwärts“ mit der Notiz „Gefangenenbefreiung“ könnte die „Deutsche Zeitung“ darüber belehren, daß sie einmal wieder mit gewohntem Geschick gründlich daneben gehauen hat. Die „Deutsche Zeitung“, welche die Befreiung Vogels dreist und — man staune — mit der Befreiung Kinkels durch Karl Schurz im Jahre 1849 auf eine Stufe stellt, hat allerdings gar kein Recht, sich über andere Gefangenenbefreiungen zu entrüsten.

Der Vergleich mit Kinkel ist übrigens die ganze Borniertheit des reaktionären Blattes. Die „Deutsche Zeitung“ meint, Vogel und Kinkel seien zwar ohne Zweifel sehr verschiedene Leute gewesen, aber „beide waren gefangen und geflohen sind sie auch“. Wirklich stimmt an dem Vergleich nichts als die rein äußere Parallele, daß beide gefangen waren und geflohen sind. Im übrigen hätte die „Deutsche Zeitung“ ruhig etwas ausführlicher über die Verschiedenheit Kinkels und Vogels reden können. Vogel ist der Teilnehmer an einem gemeinen Mord, der durch ein Gericht seiner Klassenossen zu einer verhältnismäßig sehr milden Strafe verurteilt wurde. Professor Kinkel war als Teilnehmer an dem habsbischen Aufstand, also wegen einer rein politischen Handlung, von einem Gericht zu lebenslänglicher Festungshaft verurteilt worden. Durch einen unerhörten Rechtsbruch, der zum Schen noch in den Mantel einer „Veranlagung“ gehüllt wurde, wandelte dann der König Friedrich Wilhelm IV., einer der infamsten Hohenzollernschen Schufte, die Festungshaft in lebenslängliche gemeine Zuchthausstrafe um! Kinkel sah also nicht infolge irgendeines Gerichtsurteils, sondern infolge eines rechtswidrigen absolutistischen Gewaltakts im Zuchthaus, und deshalb wurde seine Befreiung durch Karl Schurz von den Zeitgenossen als besondere Heldentat empfunden und gepriesen.

Unabhängige für Ablehnung des Friedens.

Aus Opelein wird uns geschrieben: „An dem Tage des Führers der oberschlesischen Unabhängigen, Rechtsanwalt Lichtenstein, in Hindenburg, fand am 18. Mai eine große Demonstration zugunsten des Verbleibens Oberschlesiens bei Deutschland statt. Die Protestkundgebung verlief glänzend. Alle Parteien stellten Redner, auch die Unabhängigen.“

Der in den Zeitungen erscheinene Aufruf zu dieser Versammlung unter der Überschrift „Nicht Ober-Schlesien verloren“ ist an erster Stelle von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei unterzeichnet, es heißt in ihm: „Wollt ihr auch einen jämmerlichen Gewaltfrieden aufzwingen, eure Selbstbestimmungsrechte mit Füßen treten, eure Heimat zerstückeln lassen? — Niemals!“

Die Binnenschifffahrt gegen den Friedensvertrag.

Es geht uns folgender Protest zu: Der vom Zentralverein für deutsche Binnenschifffahrt am 10. d. M. zu einer Sitzung nach Berlin einberufene Sachausschuß erhebt einstimmig Einspruch gegen die uns von der Entente auferlegten Friedensbedingungen. Der Friede bedeutet für unser deutsches Volk und sein gesamtes Kultur- und Wirtschaftsleben Verfall, Verarmung, Verwahrlosung, Verelendung und völlige Vernichtung. Auch die deutsche Binnenschifffahrt, die allein in der Lage ist, infolge des an die Entente abgegebenen umfangreichen Eisenbahnmaterials die herrschenden Verkehrsverhältnisse zu beheben, wird in ihrem Fortbestehen durch die geforderte Abgabe bis zu 1/3 ihres Schiffbestandes aufs schwerste gefährdet. Durch die Internationalisierung von Rhein, Elbe und Oder verfallen wir auf den wichtigsten Lebensadern unseres Verkehrs einer Fremdherrschaft, die im eigenen Lande die Entwicklung der natürlichen Kräfte verhindert, wodurch in keiner Weise der Wilsonsche Grundgedanke der vollen Gleichberechtigung aller Völker gewahrt ist.

Schon vor profanen Augen hätte. Hauptächlich interessierte ihn Archimedes. Auf seinen äußeren Reizen gab er wenig. Für sein feiner erworbenes Geld kaufte er sich Bücher, alles andere war Nebensache. Nun ist all sein Streben vergeblich gewesen; auch er mußte dem so blutigen Weltkriege zum Opfer fallen.

Die Verhöhnungen, die Vogels vernünftigen, beizessenden vornehm Kaufmannes und schönen teilweise durch eine etwas keimhafte Empfindlichkeit beanlagt zu sein. Das Wichtigste, was Josef Windler aus dem inneren Leben Gerrits Engells mitzuteilen wollte, wird dadurch nicht verändert, wohl aber ergängt. In der Welt der Lebenden konnten Engelle nicht die Mittel gegeben werden zur Ausübung von Bildungsmöglichkeiten, die seinem inneren Verlangen entsprochen hätten. Er war Proletarier geworden durch Beruf und hatte sich nun aus eigener Kraft geistig emporzukämpfen. Doch er holte war, Arbeitsschwerer beizess zu können, ist durch seine Buchgemeinschaft mit Heinrich Verich und Karl Kieße und dann eben durch Josef Windlers Mitteilungen voll besorgt.

Notizen.

Der Schelm von Bremen. In Bremen Kard. 34 Jahre alt, der seit Anfang der neunziger Jahre in der deutschen Arbeiterpresse als „Schelm von Bremen“ gut bekannte Dichter lustig-hohehender politischer Spottverse, Ludwig Riemann. Er war früher Mitarbeiter des hiesigen „Süddeutschen Postboten“ und ist auch der erste gewesen, der Gedichte von Eugen Vossler, dem Sänger der Internationale, ins Deutsche übertrug. Einige dieser Verdeutschungen stehen in der Sammlung „Von unten auf“ unter dem Namen Karl Niederbach. Riemann war kaufmännischer Angestellter in bremischen Großhandelshäusern.

Die Ausstellung „Einfacher Hausrat“, die vom Deutschen Werkbund, der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften und dem Berliner Kunstgewerbe-Museum auf Anregung des preussischen Kultur-Ministeriums im Kunstgewerbe-Museum, Prins-Albrecht-Straße 7, veranstaltet wurde, ist bis zum 31. Mai verländerbar. Sie ist täglich (außer Sonntag) von 9-3 Uhr und Dienstag und Donnerstag von 6-8 Uhr geöffnet.

Freie Sektion. Der Lud Brockhaus und das Aussehen einiger Mitarbeiter machte die Wahl eines neuen Vorstandes erforderlich. Georg Kolbe ist jetzt Vorsitzender, Schmidt-Kolff stellvertretender Vorsitzender; ferner gehören dem Vorstande an Artur Dames, Käthe Kollwitz, George Mosson, Otto Müller, Wolf Mühschil, Richard Scheibe, E. A. Weisk. Die Sommerausstellung wird am 24. Mai eröffnet. Den Werken Schaberrud und Brockhaus wird eine besondere Raum gewidmet.

Unmöglich. Die Feilscher „Kunst und Künstler“ erzählt folgende Geschichte von Whittier. In seinem Prozeß gegen Ruskin wurde Whittier von dem Vorsitzenden gefragt: „Würden Sie den Herren Geschworenen hier Karawanken zeigen, was Kunst ist?“ Whittier nickte das Monocle ins Auge, sah sich die Geschworenen der Reihe nach an und sagte: „Nein!“

Die Diebe.

Geschichte vom neuen Geist von Käthe Schicks.

Einbrüche im Norden, Einbrüche im Zentrum, Einbrüche im Westen, ich habe schon an allen Gliedern, wann würde es bei mir losgehen? Und richtig — heute morgen wars geschick! Sie hatten die Bodenlampe erbrochen und mitgenommen, was darin von Wert war. Da sie gestört worden waren, hatten sie alles in Hast verlassen, und lange konnten sie noch nicht fort sein. Ich auf und los ins Polizeibureau. Wenn ich das Gerächte auch wohl nimmer wiederjäre, aber die Herren Diebe sollten nicht lange ihrer Freiheit froh sein; die Polizei wolle ich ihnen auf die Herzen setzen, die würde schon!!

Ich komme aufs Revier. Der Beamte zu mir: „Gehen Sie den Gang herunter, das letzte Zimmer ist das Kriminal-Bureau.“ Ich gehe dahin, Bücher, Akten, Anzeigen liegen offen da — niemand anwesend! Was tun? An der Tür vorher stand „Wache“. Also dorthin zurück, und, richtig, zwei Beamte sind hier anwesend, sie — spielen Karten. Ich frage nach dem Kriminalbeamten. Antwort: „Gehen Sie nur ins letzte Zimmer und warten Sie, der Beamte kommt gleich.“

Ich gehe zurück und — warte. Da ich anständig bin, sehe ich mir nichts an, was mich nichts angeht. Ich warte und warte. Ich denke an die Diebe. Wenns so lange dauert, bekommen sie einen schönen Vorprung. . . Endlich frage ich noch einmal in der Wache. „Sie müssen schon warten, aber gehen Sie man nochmal nach vorn zum Reviervorstand und sagen Sie dem.“ Ich tue dies. Der Reviervorstand zeigt auf die Wand: „Setzen Sie sich da auf die Wand und warten Sie da, bis der Kriminalbeamte kommt.“ Ich sehe mich und — warte. Und sehe im Geiste die Diebe, wie sie die Beute verkaufen und die Spur verwischen.

Ich warte, ich warte. Die Tür öffnet sich, ein Herr geht auf den Reviervorstand zu: „Justizrat Dr. L. Kurfürstendamm, ich möchte einen Einbruch-Diebstahl melden.“ Der Revierbeamte: „Der Kriminalbeamte ist leider nicht anwesend, aber ich kann ja Ihre Angaben schon immer aufschreiben.“ Er tut dieses. Ich komme näher, um mich in der gleichen Weise abfertigen zu lassen. Die Tür öffnet sich, und herein kommt: der Kriminalbeamte! Der Revierbeamte: „Ah, da sind Sie ja, hier, bitte, Herr Justizrat Dr. L., er will einen Einbruch-Diebstahl anzeigen.“ Der Kriminalbeamte: „Mitte jetzt, kommen Sie mit mir mit.“ Ich trete dazwischen. „Bitte, wollen Sie mich erst abfertigen, ich warte schon länger.“ Der Kriminalbeamte: „Sie kann ich nicht mehr abfertigen, ich geh gleich wieder weg, jetzt habe ich

überhaupt schon seit 12 Uhr Tischzeit.“ Ich: „Dann bitte ich, mich zu erst abzufertigen, da ich zuerst hier war.“ Der Kriminalbeamte: „Sie haben doch gehört, daß ich jetzt den Herrn gebeten habe, vielleicht kommen Sie auch noch heran.“ Ich besteho darauf, abgefertigt zu werden. Schließlich gewährt der Herr mir, als Frau, den Vorritt.

Der Beamte nimmt meine Angaben zu Protokoll. Mit großer Eile. Die näheren Umstände begehrt er nicht zu wissen. Ich frage: „Werdn Sie noch die Sache weiter nachprüfen?“ Er antwortet: „Dann hätte ich viel zu tun!“ Ich: „Wozu meldet man denn eigentlich so etwas auf der Polizei?“ Er: „Ich gehs ans Polizeipräsidium weiter, aber — bitte jetzt: Herr Justizrat!“

Herr Justizrat kann lachen. Er ist höflicher behandelt worden, als ich; der neue Geist braucht eben Zeit, bis er durchdringt. Aber, am meisten lachen doch wohl — die Diebe.

Von Gerrit Engelle.

Joseph Windler machte unlängst Mitteilungen über den Lebensgang des jungen Arbeiterdichters Gerrit Engelle, des Lüncher, der kurz vor dem Waffenstillstand in einem französischen Lazarett starb. Wir drücken die Angaben nach. Sie werden aber echt von Alois Vogels in der „Bl. Volkzeitung“ in wesentlichen Punkten richtiggestellt. Eine gut unterrichtete nahe Verwandte Engelles bestreitet, daß die Eltern des Dichters in Jüvis und Lennungen gelebt hätten. Der Vater, der ein gutgehendes Weib- und Wollwarengeschäft in Hannover betrieb, ging 1901 nach Amerika und die Mutter (sie sei niemals Waischrau gewesen) folgte ihm acht Jahre später dorthin nach. Gerrits Halbbruder übernahm das Geschäft und vermalte das Geld, das die Eltern fortwährend für Gerrit sandten. Wegen seiner Militärpflicht hatte dieser nicht mit nach Amerika auswandern können. Der Halbbruder Gerrits „Schmachtet seit September 1914 in französischer Gefangenschaft; Gerrit verließ seine Urlaube in den Kriegsjahren stets bei dessen Vatter, die sich immer in jeder Weise annahm.

Über den Dichter selbst teilt die Verwandte folgendes mit: Schon als Kind war Gerrit ein schwer verständlicher Charakter, nur für sich allein lebend und lesend. Am liebsten war ihm Reis, auch später, wenn man ihn so wenig als möglich beachtete, und so hat er sich auch allein durchgerungen zum Dichter. Gerrit sollte durchaus etwas anderes lernen; er aber blieb fest, er wollte Maler werden, da er sich schon in der Schule im Zeichnen ausgezeichnet hatte. Er war aber nicht allein Lüncher, sondern er hat ganz nette Bilder gemalt, unter anderem die Marktkirche, ein Selbstbild, welches ihm sehr gut gelungen ist, hauptsächlich die Beleuchtung im Sammetreiben. Wie er mir erzählte, hat er, als er die Zeichnung anfertigte im tollsten Schneewetter in dem Einhornapothekeingang gestanden, und der Schnee wäre ihm fortwährend in den Hals-kräften geflossen. Er ist jedoch über das Anfangsstudium nicht hinausgekommen, aber er war stolz auf seine Mappe, in der er seinen

Prozeß Ledebour.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung verlas der Präsident den Eröffnungsbescheid und erteilte dem Angeklagten Ledebour das Wort zur Reue auf die Anklage. Ledebour führte aus: Ich habe von vornherein die Absicht gehabt, in der Gerichtsverhandlung in vollem Umfang Auskunft zu geben über mein Verhalten in den unter Anklage stehenden Angelegenheiten. In der Voruntersuchung habe ich aus berechtigten Gründen die Aussage abgelehnt. Der Angeklagte wendet sich in großer Schärfe gegen den Justizminister Heine und beschuldigt ihn, in der Nationalversammlung in unläuterer Weise gegen ihn (Ledebour) Stimmung gemacht zu haben. Heine habe in der Nationalversammlung wissenschaftlich unrichtige Angaben über das Verfahren gegen ihn (Ledebour) gemacht. Und das an einem Ort, wo ich mich nicht verantworten konnte. Meine Beteiligung an den Januarvorgängen läßt sich nur dadurch verstehen, daß sie ein Teil, eine logische Folge der Novemberrevolution ist, die noch nicht abgeschlossen ist. Wir sind zu gewissen Handlungen gekommen auf Grund der üblen Erfahrungen, die wir im ersten Stadium der Revolution gemacht haben. Mit einem Teil meiner Freunde war es schon in der ersten Zeit des Weltkrieges klar geworden, daß eine Revolution in Deutschland kommen mußte. Die ersten Zustände der Revolution gehen zurück auf das Jahr 1917. Es brach ein Streit aus. Die damalige Regierung weigerte sich, mit den Streikenden zu verhandeln. In den Reihen der Arbeiter, besonders der Munitionsarbeiter, bildete sich die Ueberzeugung heraus, daß andere Mittel angewendet werden mußten. Es bildete sich aus den Reihen der revolutionären Arbeiter ein Ausschuß, mit dem ich und einige meiner Freunde aus meiner Fraktion in Verbindung standen. In der Fraktion verhielt ich für die revolutionäre Bewegung zu wirken, aber ich fand damit wenig Anklang.

Ich habe versucht, eine internationale revolutionäre Bewegung in die Wege zu leiten. In diesem Sinne habe ich auf der Zimmerwalder Konferenz gewirkt. Es ist eine unglückliche Veranlassung, daß wir, die unabhängigen Sozialdemokraten sowie die Sozialisten und Kommunisten, den russischen Bolschewismus nachgeahmt haben oder eine blinde Gefolgschaft der Bolschewisten sind. Für den Beschluß der Zimmerwalder Konferenz, eine internationale revolutionäre Bewegung herbeizuführen, konnte ich bei meinen Freunden in Berlin selber keine Zustimmung finden. Aber ich fand Zustimmung bei der revolutionären Arbeiterkraft Berlins, die eine revolutionäre Bewegung für notwendig hielt. Aus dieser Stimmung entstand der große Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918. Durch ihn sollte ein Druck ausgeübt werden auf die Regierung und das Parlament zur Herbeiführung eines gerechten Ausgleichs. Ich stand auf dem Standpunkt, daß bei einer solchen Bewegung die Führer in den Vordergrund treten mußten. Ich verlangte, daß der Ruf zum Massenstreik und zur revolutionären Aktion von der ganzen Fraktion unterzeichnet werde. Alle sollten sie mit ihrem Namen für die Bewegung eintragen. Aber damit bin ich nicht durchgekommen. Ich sah nur Jüdel, Henke und Herzfeld haben unterzeichnet. — Die Gelegenheit zu einem Ausgleichsfrieden hat die alte Regierung verpasst. Der Gewaltfrieden von Brest-Litowsk wurde geschlossen, wobei die Reichssozialisten der Regierung Gefolgschaft leisteten. Auch dem Gewaltfrieden mit der Ukraine haben sie zugestimmt. Die heutige Regierung ist nichts weiter als die Fortsetzung der alten Regierung. Sie hat deshalb in der Öffentlichkeit nicht die Autorität, die es erforderte, mit moralischem Recht einen annerkennungsfreien Frieden herbeizuführen. — Nach dem Munitionsarbeiterstreik setzte eine maßlose Strafverfolgung ein. Aus den Betrieben heraus wurden alle sogenannten Führer entweder in Schutzhaft genommen oder zum Militär eingezogen, selbst wenn sie dazu gar nicht geeignet waren.

Durch die Strafverfolgungen hat die damalige Regierung die revolutionäre Erhebung, allerdings ohne Absicht, begünstigt. Dadurch, daß viele revolutionäre Arbeiter zum Militär kamen, ist fast die ganze Armee von der Notwendigkeit einer revolutionären Erhebung überzeugt worden. Besonders war das der Fall in der Marine und bei den technischen Truppen, wo ja der revolutionäre Gedanke zuerst zur Tat wurde. — Ich habe im Reichstag versucht, die Öffentlichkeit auf die Revolution vorzubereiten, habe damit aber keinen Anklang gefunden. Aber der Glaube an das alte System war erschüttert. Der vollständige militärische Zusammenbruch schied den letzten Rest des Glaubens an das alte System. Durch die Regierung des Prinzen Max von Baden, an der Scheidemann und Bauer mitwirkten, sollte versucht werden, die Monarchie zu retten. Die Organe der Reichssozialisten und andere der Regierung nahestehende Organe haben alles aufgegeben, um in der Arbeiterkraft Stimmung gegen eine revolutionäre Bewegung zu machen. Den Grundgedanken der revolutionären Bewegung in Berlin bildeten die revolutionären Clubs, etwa 80 Personen, darunter auch einige Abgeordnete der Unabhängigen. Am 2. November wurde eine Sitzung im kleinen Kreis abgehalten, am 4. November durch einen Massenstreik den Aufstand gegen die damalige Regierung ins Werk zu setzen. 75 000 Arbeiter standen hinter uns, die zum Aufstand bereit waren. Das war nach unserer Ueberzeugung ausreichend, um den Aufstand ins Werk zu setzen. Am 8. November war eine neue Zusammenkunft. Von diesem

Vorhaben hatte auch die Regierung Kenntnis erlangt. Es wurden Verhaftungen vorgenommen. Einer der unfernen, Deutnant Watz wurde verhaftet. Um sich zu befreien, gab er seine Freunde preis. Da um ihn wurde verhaftet, wir nahmen an, daß auch andere unserer Freunde in Haft genommen waren, deshalb beschlossen wir, am folgenden Tage, dem 9. November, loszuschlagen. Das hat auch die damalige Regierung und die Reichssozialisten erfahren. Auch sie wollten dabei sein, wenn die Errungenschaften unserer Revolution verteidigt werden sollten. — In der Nacht zum 9. November übernahm ich mit meinen Freunden Bogner und Dittmann im Reichstag. Am Morgen des 9. November kamen Ebert, Scheidemann und das Parteivorstandsmittglied Braun zu uns. Sie wählten, daß an diesem Morgen der Massenstreik einsetze, daß die Arbeiter bereit in die Stadt ziehen und einen einmaligen Widerstand der Polizei und des Militärs mit Waffengewalt zu brechen. Ebert und Scheidemann saßen zu uns, sie wollten ihre Leute noch bis 12 Uhr zurückhalten. Sie hielten uns an.

mit ihnen eine neue Regierung

zu bilden. Ich sagte ich könne über dies Angebot nicht entscheiden, ich müßte erst mit meinen Freunden darüber sprechen. Um 12 Uhr war aber die Revolution in Berlin schon siegreich. Ich und mein Freund Adolf Hoffmann haben durch Berlin und hielten Ansprachen. Mittlerweile hatte auch Scheidemann erfahren, daß die Revolution gesiegt hatte und die Regierung gestürzt war. Um 2 Uhr proklamierte er vom Reichstag aus die deutsche Republik, er, der Minister Wilhelms II. Seitdem räumte Scheidemann damit, daß er die deutsche Republik herbeigeführt habe, obgleich er die Revolution nicht an der Revolution beteiligt haben. Ebert und Scheidemann haben den Zweck ihres Angebots erreicht, aber nicht bei mir. Ich habe es abgelehnt, mich mit diesen Leuten auf eine Ministerbank zu setzen. Doch ich handelte allein. Auch Liebknecht erklärte sich grundsätzlich bereit, in das Ministerium einzutreten. Nach meiner Ueberzeugung muß eine Regierung einen einheitlichen Charakter tragen und ein einheitliches Programm vertreten. Das ist bei einer Koalitionsregierung nicht möglich. Aber es kam gegen meinen Willen eine Regierung, der aus Mitgliedern beider sozialdemokratischen Parteien bestehende Rat der Volksbeauftragten, zustande.

Am 6. Dezember wurde in der Chausseestraße von Soldaten auf Teilnehmer einer Demonstrationenversammlung geschossen. Es gab Tote und Verwundete. Zu gleicher Zeit zog eine Demonstration von Soldaten vor das Reichskanzlerpalais und ließen Ebert als Präsidenten der deutschen Republik hochleben. Hieraus hätte Ebert erklären müssen, daß die Soldaten nicht ebendort seien ihn zum Präsidenten auszurufen. Er antwortete ihnen aber, er müsse erst mit seinen Freunden über diese Proklamation sprechen, er selbst könne nicht darüber entscheiden. Die Soldaten zogen darauf ab, drangen in den Sitzungssaal des Volkstages ein und verhafteten dessen Mitglieder. In einer Sitzung des Volkstages, wo diese Angelegenheit verhandelt wurde, ist der von mir und meinen Freunden gestellte Antrag, Ebert sofort abzugeben, abgelehnt worden. Ich muß hier einschalten: am 9. November unserer Revolution gelungen wäre, dann hätten wir in ganz Deutschland Arbeiter- und Soldatenräte gewählt und von ihnen eine Regierung eingesetzt. Weil wir für uns keine Machtbefugnisse in Anspruch nehmen wollten, haben wir es unterlassen, uns vorher über die Verteilung der Kommanden zu verständigen. Das hat sich als ein schwerer Fehler erwiesen. Ebenso war es ein Fehler, daß wir nicht rechtzeitig losgeschlagen haben, denn am 6. November, dem ursprünglich geplanten Tage des Aufschlages, wäre die Revolution ebenso gesiegt wie am 9. November.

Am Tage vor Weihnachten kam der

Konflikt mit der Volksmarine

zum Ausbruch. Ich wurde gerufen, um einen Ausgleich herbeizuführen. Das ist mir durch Verhandlungen mit dem Führer der Regierungstruppen, Generalleutnant v. Hoffmann, und seinen Offizieren auch gelungen. Es ist ein vollkommen befriedigender Ausgleich erzielt worden. Der General war bereit, seine Truppen aus Berlin zurückzuführen, auch die Forderungen der Volksmarine sollten erfüllt werden. Das Verhalten der Regierung in dieser Angelegenheit führte dazu, daß meine Freunde aus der Regierung austraten. — Die Regierung ging dann darauf aus, möglichst viel Truppen in Berlin zusammenzubringen, um sich mit Waffengewalt an der Herrschaft zu halten. Ich bin fest überzeugt, daß der blutige Konflikt im März mit der Volksmarineverteilung provoziert worden ist aus Rache dafür, daß unter unserer Mitwirkung im Dezember ein Ausgleich zustande gekommen ist. — Weil die Regierung die Revolution ruiniert hat, und weil sie nicht tat, was wir als Sozialdemokraten zu erwarten haben, machte sich ein immer steigender Widerstand gegen die Regierung bemerkbar. Der Widerstand der revolutionären Arbeiter steigerte sich zum Gipfel, als der Polizeipräsident Eichhorn aus seinem Amt entsetzt wurde. (Der Redner spricht weiter.)

Ausfall ihres Einkommens für nahezu eine volle Woche zur Folge gehabt. Da die Landesregierung an den einzelnen Orten des Reiches nicht gleichmäßig hat (in Düsseldorf ist z. B. die Zeit vom 16.—23. Mai festgesetzt) und um die Mitte des Monats vielfach der Programmwechsel vor sich geht, so muß ein Teil der Arbeiter sogar damit rechnen, in zwei aufeinanderfolgenden Engpasszeiten an verschiedenen Orten nicht nur eine sondern zwei Wochen auf seine Lage zu verzichten. Diese Schädigung hat in den Kreisen der belebtesten Anstellungen eine lebhafteste Protestbewegung ausgelöst und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestellter-Verbände wurde beauftragt, bei der Landesregierung vorstellig zu werden. In einem von der A. F. V. an den Ministerpräsidenten gerichteten Schreiben wird darauf hingewiesen, daß für die Schließung der Betriebe aus Anlaß der Landesregierung eine geschädigte Zahl der Arbeiter nicht vorhanden war und daß auch die an einzelnen Orten auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes von den Militärbehörden erlassenen Zwangsbestimmungen hinsichtlich ihrer geschäftlichen Zufälligkeit angezweifelt werden können. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, Arbeiter usw. macht es dringend notwendig, ihnen den entstandenen Schaden zu ersetzen. Da die Regierung die Verordnung ohne eine ausreichende gesetzliche Grundlage erlassen hat, so müsse den Geschädigten billigerweise eine Vergütung der ausgefallenen Löhne und Gehältern aus Reichsmitteln gewährt werden.

Wahlen zum Arbeiterrat. Die „Genossenschaft sozialistischer Künstler“ will als erste neugebildete sozialistische Organisation der freien künstlerischen Berufe, die demnächst stattfindenden Wahlen der Arbeitervereine in Groß-Berlin für die Gebiete der Kunst nur unter einheitlicher sozialistischer Führung zu erfolgen haben. Sie warte alle berufstätigen Künstler in anderen Gruppen, sich an Wahlen zu beteiligen, die einer reaktionären und auch demokratischen Vertretung die Oberhand überlassen. Wahlberechtigte Künstler des freien Schrifttums, der bildenden und angewandten Kunst, der Musik und des Vortrags, die einer sozialistischen Organisation angegeschlossen sind oder dem sozialistischen Programm nahe stehen, wollen zur Durchführung einer einheitlichen Aktion ihre Stimme einbringen an die „Genossenschaft sozialistischer Künstler“, Berlin-Steglitz, Kommissarstr. 24. Die Wahlbedingungen werden von unserem Wahlbureau bekanntgegeben.

Die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen des Magistrats Rentkass hatten in einer Versammlung am 10. Mai zu dem vom Berliner Schlichtungsausschuß gefällten Schiedspruch Stellung genommen und diese Forderungen zu den ihrigen gemacht. Da nun der Rentkass-Magistrat eine Verschleppung dieser Forderungen herbeizuführen suchte, beantragte erneut eine Versammlung kurzfristige Weiterführung der Verhandlungen. Beschluß hierüber müßte bis 20. Mai mittags erteilt werden, andernfalls würde die Arbeitsniederlegung erfolgen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Donnerstag, 22. Mai, abends 7 Uhr: Frankfurterversammlung der Gewerkschaften und Arbeiter in „Drehturm“ (Frankfurter Straße 45). Tagesordnung: 1. Die Lohnverhältnisse in unserer Branche. 2. Wahldebatten.

Groß-Berlin

Besserung im Straßenbahnverkehr. Vom 21. d. Mis. ab wird auf den Linien 93 und 98 der fahrplanmäßige 15- bis 17-Minuten-Betrieb wieder eingeführt. Ebenso verkehren vom 21. d. Mis. ab die Linien 40 und 111 wieder in 15 Minuten-Rhythmus unter gleichzeitiger Zurückverlegung des Endpunktes der Linie 40 nach der Eisenacher Straße.

Für Arbeitslose, die ihren Erwerb nur zum Teil verloren haben, sind die neuen Bestimmungen über Teilunterstützungen von Bedeutung. Es darf nur ein Teilbetrag der Unterstützung gemindert werden, wenn die beherrschende Lage durch den Teilbeitrag behoben werden kann. Diese Bestimmung soll namentlich dann angewendet werden, wenn zwar der notwendige Lebensunterhalt ohne jede Unterstützung nicht bestritten werden kann, aber schon ein Teilbetrag der Unterstützung dazu hinreicht; ferner wenn die zu unterstützende Person nur teilweise erwerbsfähig war und ihr Verdienst die normale Höhe der Erwerbslosenunterstützung nicht erreichte.

Die Städtische Straßenbahn hat 1918/19 trotz dem Mangel an Betriebsstoffen und Personal, insbesondere zur Wagenunterhaltung in den Werkstätten und der vorgeschriebenen Kohlenersparnis usw. den Gesamterfolg um 13 Proz. gegen den Vorjahreserfolg erhöhen können. Die Betriebseinnahme erhöhte sich um 48 Proz.; dagegen die Betriebsausgaben um 78 Proz. Der Reingewinn von 350 400 M. hat bestimmungsgemäß der Unterstützung für Kriegserkrankte mit 304 000 M. zu dienen. Außer der Kapitalverzinsung können an die Städtischen Werke nur noch 55 400 Mark abgeführt werden (im Vorjahr 108 523 M.). Trotz der Tarifserhöhungen also ein erheblicher Rückgang.

Zum Schluß des Treptower Parks will der Arbeiterrat von Treptow durch folgende Veranstaltung beitragen: An alle Besucher des Treptower Parks! In den letzten Tagen sind hier auf den Spielwiesen trotz der wiederholten polizeilichen Eingriffe unheilbare Zustände eingewirren, indem alle möglichen Händler, Glücksspieler und dergleichen hier ihr Unwesen treiben. Im Interesse der erholungstüchtigen Bevölkerung ist dringend zu wünschen, daß diesem Treiben schleunigst Einhalt geboten wird. Es besteht sonst die Gefahr, daß die ganze Parkanlage abgeperrt wird. Aus diesem Grunde bitten wir alle Besucher, den Arbeiterrat und die Beamten bei ihrem hier unbedingt notwendigen Einschreiten zu unterstützen. Berlin-Treptow, 17. Mai 1919. Der Arbeiterrat der Gemeinde Berlin-Treptow. Reher, Smoloda.

Hranis, Taubenstraße. Dienstag: „Die Insel Wägen“. Donnerstag: „Von Kopenhagen bis Stockholm“. Mittwoch Professor Schwan: „Die Geschichte der Umwelt“. Sonnabend: „Der Sternbildhüter Eze und der Gottlieb“. Freitags Vortrag Sonntag nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen. Die Wägen in Lebensbildern. Mittwoch nachm. 6 Uhr zu kleinen Preisen. Im Hörsaal: Mittwoch, Professor Dr. Donath, „Die Erhebung der Wärme“. — Donnerstag, Dr. Brandt, „Bekehrung und erste Entwidlung“ und Freitag, Oberlehrer Risse, „Ton und Klang“.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Stiftersfeld. Hilde Eersfeld hat auf mehreren ohne Marken Erbsen und Rändelchen nach wie vor auf Markten. — Noch nicht belieferte Nr. 85 der grünen Berufsliste ist für den Fall der Wiederaufnahme des Waffenspruchs sorgfältig aufzubewahren. — Nachlieferung von emmentaler Käse Weisermei an die Kaufleute zur Abgabe auf T 2 der Einfuhrzulasskarte am 20. und 21. Mai, Lagerplatz Ost.

Dennigsdorf. Mittwoch und Donnerstag bei den Fleckern Ernst und Söhne aus Rade Z H I der Einfuhrzulasskarte 14 500 Gramm ausländischer Schweinefleisch, Bund 640 M. Alle ausländischen Fleischwaren gut durchsuchen oder durchsuchen und nicht im rohen Zustand genießen. — Donnerstag in allen Geschäften am Markt 21 (grün) 200 Gramm Pfefferkörner, 22 A 240 Gramm Gewürz, 23 A 200 Gramm Rüböl, 24 B 1 Gähren Substratpulver, 25 B 200 Gramm Sanitätssalz für Kinder im 4. und 5. Lebensjahr 1 Packung Rüböl. Bezugsstellen in der Lebensmittelabteilung. Auf den Zentralmarkt lautend Woche Margarine. — Eine geringe Zahl warmer Joppen zu angemessenem Preis. Bezugswesen in der Lebensmittelabteilung.

Reinickendorf. Auf die Abkühlung 21 d. am 6. der Kartoffeln werden für die nicht lieferbaren Kartoffeln Ersatzmittel gewährt, namentlich 200 Gramm Kartoffelmehl und 200 Gramm Rüböl. Teil der Ausgabe wird noch mitgeteilt. Anwendung bei dem Händler. Bei dem die Kartoffeln bezogen werden sind. Ausgenommen sind Geschäfte, die keine Rüböl liefern.

Spandau. Freitag, 20. Mai, beginnt der Verkauf der den Geschäften gelieferten Suppen. Auf Abkühlung 24 der Lebensmittelkarte Nr. 24 Suppen zu 250 Gramm für 48 M. 215 verliert mit Ablauf des 23. Mai seine Gültigkeit. Die Reichshände dürfen vom 24. Mai ab kostenfrei verkauft werden.

Industrie und Handel.

Börse.

Nach schwachem Beginn konnte sich an der Börse eine feste Tendenz entwickeln, und zwar auf Verläufe, daß die Entente zu Verhandlungen bezüglich der Friedensbedingungen bereit sei. Jedemfalls schienen die Banken auf den meisten Gebieten zu klären. Die zum Teil ansehnliche Kursbesserungen im Gefolge hatten. Kriegsanleihen, die mit etwa 7 1/2 Proz. einsetzten, erhöhten sich auf 7 3/4 Proz. Auch Konstantinwerte waren wesentlich beschwert, namentlich Röhren. Schiffahrtswerte waren von Anfang an gut gehalten, auch Harzwerte konnten sich erholen. Heimische Rentenwerte waren behauptet.

Gewerkschaftsbewegung

Die andwärtigen Arbeitsträfte in den Gärtnereien Groß-Berlins.

Vom Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Verwaltung Groß-Berlin, wird uns folgendes geschrieben: Bekanntlich ist eine Verordnung des Reichsministeriums für die wirtschaftliche Demobilisierung über die Freimachung von Arbeitskräften erfolgt, die bezweckt, andwärtige Arbeitskräfte zu entlassen, einerseits um Arbeitsstellen für diese Arbeitskräfte zu schaffen, andererseits um die dringend benötigten Kräfte der Landwirtschaft zuzuführen. Demgegenüber muß es doch mehr als eigentümlich erscheinen, wenn man in unmittelbarer Nähe Berlins in den Gärtnereien, besonders in den Gemüsegärtnereien und Baumkulturen, so unübersichtsmäßig viel andwärtige Arbeitskräfte schaffen läßt. Jedem, der da weiß, wie viele großstädtische Arbeiter und Arbeiterinnen nun schon monatelang arbeitslos sind, drängt sich da unwillkürlich die Frage auf, was denn so etwas möglich ist? Aus der einen Seite bemühen sich alle möglichen Organisationen, die Geschäfte zu entlassen, Arbeitsträfte dem Lande zuzuführen und auf der anderen Seite werden Leute vom Lande oder aus den Landkulturen in etwa wohnhafter Weise als „Schmittler“ oder „Landsberger“ in die unmittelbare Nähe Berlins geholt.

Somit werden trotz oftmals dringendstem Bedürfnis bei Eisenbahnfabriken die größten Schwierigkeiten gemacht, hier werden anstehend nicht nur keine gemacht, sondern finden gar noch Bevorzugungen statt. Als Politiker können gewisse Leute die Polengefahr gar nicht schwarz genug malen, als Arbeitgeber bevorzugen sie aber gerade polnische Männer und Mädchen ganz besonders. Für heute sei ein besonderer Fall der Öffentlichkeit, und, wenn beliebt, auch den in Betracht kommenden Behörden zur gefl. Kenntnis unterbreitet.

Haben da eine Anzahl Polenmädchen aus der Gegend von Ralsch her während des Krieges in der Baumkulture von Späth gearbeitet. Die Revolution verschaffte diesen die Möglichkeit, wieder in ihre Heimat zu gelangen. Jetzt meldete sich plötzlich eine ganze Anzahl dieser Mädchen telegraphisch aus Oberschlesien wieder bei der Firma an. Und diese schickte eiligst einen ihrer „Vorarbeiter“, so eine Art moderner Sklavenvögte hin, um sie freudlich in Empfang zu nehmen, und läßt ihnen darum, ob hier Hunderttausende ihrer Landsleute arbeitslos auf der Straße liegen. Wir aber fragen, wie ist so etwas möglich? Und was sagt das Reichsministerium und der Demobilisierungsausschuß und schließlich auch das Reichsministerium dazu?

Der paritätische Arbeitsschein für die Metallbetriebe Groß-Berlins

hat eine neue Abteilung für die Metallbetriebe in Siemensstadt errichtet. Diese neue Abteilung befindet sich vorläufig in den Räumen des Restaurants Sternfeld in Siemensstadt, Kottbusdammallee. Ferner hat der Arbeitsschein eine besondere Abteilung für Werkstättenvermittlung eingerichtet. Auch diese Werkstättenvermittlung ist völlig kostenfrei; wir machen unsere Leser auf diese Einrichtung besonders aufmerksam. Die Werkstättenvermittlung erfolgt nur in der Geschäftsstelle am Adonisplatz 7, und werden schon jetzt Mitteilungen von jungen Leuten, die in der Metallindustrie in die Lehre treten wollen, entgegengenommen.

Wirtschaftliche Folgen der Landesstraßen.

Die vom Reichspräsidenten angeordnete Landesstraßen und die damit bedingte Schließung von Theatern oder anderen Vergnügungsbetrieben hat für viele Kreise der Musiker, Kritiker usw. den

